

Menschen ohne Papiere haben ein Recht auf einen garantierten Rechtsstatus

Die Dunkelziffer der in Deutschland lebenden Zuwanderer ohne Papiere schwankt zwischen 100.000 und einer Million. Offiziell werden statistische Daten über so genannte Papierlose nicht erhoben.

Ohne einen Aufenthaltstitel haben Flüchtlinge und Migranten keinen Anspruch auf elementare Sozialleistungen und eine Grundsicherung mit Existenzmitteln, die jedem Menschen durch die universellen Menschenrechte und humanitären Bestimmungen rechtlich garantiert sind. Überdies verzichten Menschen ohne Papiere aus Angst vor einer Festnahme und Abschiebung von sich aus darauf, Sozial- und Fürsorgedienste in Anspruch zu nehmen, z. B. auch im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Unterkunft, der Schulpflicht und Ausbildung von Kindern und Minderjährigen und der Rechtssicherheit.

Die Polizei ist zur sofortigen Festnahme von Personen gehalten, die keinen Aufenthaltstitel vorweisen können. Aber auch andere Staatsorgane, Behörden und selbst Schulen sind durch das Aufenthaltsgesetz zur Übermittlung von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit verpflichtet, sofern sie bei Erfüllung ihrer Aufgaben vom Fehlen einer Aufenthaltserlaubnis Kenntnis erhalten. Z. B. bei Einschulung, bei Noteinlieferung ins Krankenhaus etc..

Eine besonders unwürdige Begleiterscheinung der Illegalisierung von Flüchtlingen und Migranten ohne Papiere sind Beschäftigungsverhältnisse, die sie ohne jegliche Mindestabsicherung und für Billigslöhne eingehen müssen, um zu überleben.

Unsere Fragen:

1. Wie wollen Sie im Bundestag dafür wirken, dass die Artikel 3 und 6 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für Menschen ohne Papiere wirksam werden (Art. 3 „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ und Art. 6 „Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.“)?
2. Wie werden Sie im Bundestag darauf hinwirken, dass Menschen ohne Papiere einen rechtlich garantierten Zugang zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung erhalten?
3. Wie kann für Menschen ohne Papiere der Zugang zu Rechtsschutz gewährleistet werden, um sie vor schamloser Ausbeutung zu schützen?
4. Wie werden Sie dazu beitragen, dass in Zukunft eine Legalisierung des Aufenthalts von Menschen ohne Papiere möglich werden kann.
5. Die Übermittlungspflicht an Ausländerbehörden gemäß § 87 Abs. 1, 2 AufenthG steht besonders im medizinischen und pädagogischen Bereich im Widerspruch zur Fürsorgepflicht der Verantwortlichen und ebenso zu den grundlegenden Menschenrechten. Werden Sie, wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass sie abgeschafft wird?

Anregungen für die kommende Legislaturperiode:

In der Bundesrepublik Deutschland müssten Menschen ohne Papiere die elementare Existenzsicherung, grundlegende Sozial- und Gesundheitsdienste sowie eine Rechtssicherheit in der kommenden Legislaturperiode gewährleistet werden. Der anonyme Krankenschein kann durchaus ein Modell für die Gewährung des Rechts auf medizinische Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus gelten.

Legalisierungen, wie sie in einigen Mitgliedsstaaten der EU bereits vorgenommen wurden, sollten auch in der Bundesrepublik Deutschland Praxis werden.

Für Erwachsene mit Kindern und insbesondere für unbegleitete Minderjährige ohne Papiere muss ein rechtlich garantierter Zugang zu Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, zu Schulen, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung sowie zum Arbeitsmarkt sichergestellt werden.